

Antrag

Hannover, den 09.04.2024

Fraktion der CDU

Die Potenziale der Energiewende als Chance nutzen - Niedersachsens Seehäfen jetzt beim Hafenausbau unterstützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Niedersachsens Küsten und Seehäfen sind nicht nur ein touristischer Magnet, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor mit erheblichem Wachstumspotenzial für die Küstenregionen und das Land insgesamt. Obwohl die Umschlagszahlen zuletzt zurückgegangen sind¹, gewinnen die Seehäfen im Rahmen des Umbaus der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien zunehmend an Bedeutung. An Standorten wie beispielsweise Cuxhaven reichen die Kapazitäten in Form von Liegeplätzen und Lagerflächen in direkter Hafennähe bereits heute nicht mehr aus, sodass dort dringend ein durch Land und Bund mitfinanzierter Bau neuer Liegeplätze gefordert wird. Erste wichtige Hürden im Planungsprozess - insbesondere ein Planfeststellungsbeschluss - sind bereits genommen, und das Projekt wird sowohl vor Ort als auch im politischen Raum durch viele Befürworter unterstützt.

Ähnlich verhält es sich an den weiteren Standorten der niedersächsischen Seehäfen, wobei sich jeder Hafen durch unterschiedliche Potenziale für Niedersachsens Wirtschaft auszeichnet. Während in Stade seit Jahrzehnten die Chemieindustrie dominiert, erweist sich der Hafen von Brake mehr und mehr als Drehscheibe für die Energiewirtschaft, aber auch für die Ernährungswirtschaft. Stade braucht vor allem mit Blick auf seine energieintensiven Konzerne eine langfristige und verlässliche Perspektive als Wirtschaftsstandort.

Die im Rahmen der laufenden Debatte um angestrebte Erweiterungen der Hafenflächen erstellte Studie „Potenziale der Windenergie für die niedersächsischen Seehäfen“ unterstreicht die Notwendigkeit, noch in diesem Jahr durch entsprechende Finanzierungen und Flächenausweisungen politisch tätig zu werden. Im Ergebnis der durch die Deutsche Windguard durchgeführten Studie müssten allein für das Erreichen der Ausbauziele im Bereich der Windenergie zwischen den Jahren 2025 und 2030 rund 206 Hektar Fläche in den niedersächsischen Seehäfen zur Verfügung gestellt werden. Das entspricht im Vergleich zu den heute vorhandenen, ausgewiesenen 71 Hektar etwa einer Verdreifachung. Die Modellrechnungen der Studie lassen dabei weitere Flächenbedarfe, wie etwa im Bereich Wasserstoff, außen vor.²

Über die Flächenerweiterungen hinaus ist zur Ausschöpfung der Potenziale ein erhöhtes finanzielles Engagement des Landes und des Bundes in anstehenden Projekten erforderlich. Das Land Niedersachsen darf sich dabei bei aller Zurückhaltung durch den Bund bezüglich der Mitfinanzierung des Hafenausbaus nicht davon abschrecken lassen, auch selbst vermehrt eigene Mittel in die Hand zu nehmen, um einen langfristigen Plan für die Entwicklung der Seehäfen zu entwickeln. Dies gilt sowohl für die Entwicklung der Flächen und Häfen als auch für die Finanzierungsgrundlage.

Ohne entsprechende Hafenskapazitäten und den Ausbau der Anbindung des Hafenhinterlandes wird Niedersachsen seine Chancen im Bereich des Energiemarktes unwiderruflich verspielen. Wir brauchen daher in Bund und Land einen Strategiewechsel: Die Infrastruktur kann nicht weiter größtenteils im Nachhinein auf Anfrage geschaffen werden, sondern muss zur Attraktivitätssteigerung der Hafenstandorte nach dem Prinzip der Vorleistung bereitgestellt werden.

¹ <https://www.seaports.de/niedersaechsische-seehaefen-mit-umschlagsrueckgang/> (abgerufen am 25.03.2024)

² <https://www.seehafen-niedersachsen.de/studie-potenziale-der-windenergie-fuer-niedersaechsische-seehaefen/> (abgerufen am 25.03.2024)

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene über eine gemeinsame Bundesratsinitiative der norddeutschen Länder für eine Reform des Hafenlastenausgleichs einzusetzen. Diese muss mindestens eine Erhöhung der jährlichen Mittel auf 500 Millionen Euro beinhalten sowie eine Anpassung des Verteilerschlüssels hinsichtlich der Mittelaufteilung für die einzelnen Bundesländer,
2. die jährlichen Haushaltsmittel für NPorts auf 50 Millionen Euro zu erhöhen und zu verstetigen,
3. in Zusammenarbeit mit den niedersächsischen (See-)Häfen einen Masterplan/Hafenentwicklungsplan „Hafenausbau Niedersachsen“ für die nächsten 10 Jahre zu entwickeln, in welchem sowohl Bedarfe als auch Maßnahmen und Finanzierung abgebildet werden,
4. den Flächenankauf für Hafenerweiterungen und Industrieansiedlungen in Hafennähe gemeinsam mit den Kommunen vor Ort zu intensivieren und perspektivisch weiterzuentwickeln,
5. Entwicklungsflächen für die Neuansiedlung von Produktionsstätten über eine enge Zusammenarbeit der kommunalen Wirtschaftsförderungen hinsichtlich des Ansiedlungsmanagements zu schaffen,
6. gleichzeitig das Hafenmarketing gezielt auszubauen und zu stärken,
7. die zweite Ausbaustufe des JadeWeserPorts in Wilhelmshaven noch in diesem Jahr hinsichtlich Planung und Genehmigung auf den Weg zu bringen,
8. die ersten finanziellen Mittel in einer Größenordnung von mindestens 300 Millionen Euro Landesmitteln für Projekte der niedersächsischen Seehäfen noch in diesem Jahr zur Verfügung zu stellen, um den Ausbau der Hafenskapazitäten im Rahmen der Energiewende zu unterstützen. Im Besonderen bedeutet dies:
 - a) Einplanung und Bereitstellung ausreichender Mittel für den Hafen Stade für die Reaktivierung des Anlegers im Nordhafen sowie die Bereitstellung des dringend benötigten Industriegleises,
 - b) für Cuxhaven müssen etwaige Mehrkosten, die über die bisher kommunizierten 300 Millionen Euro hinausgehen, zum Bau der Liegeplätze 5 bis 7 bereitgestellt werden,
 - c) für den Hafenstandort Emden sind, mit Blick auf die vorhandenen Flächen im Binnenhafen, Mittel zur Ertüchtigung zum schwerlastfähigen Ausbau sowie für die Erneuerung der Kaianlagen bereitzustellen,
 - d) eine Anschubfinanzierung zur Realisierung des dritten Liegeplatzes am Niedersachsenkai im Braker Hafen sicherzustellen,
9. die Instandhaltung und den Ausbau der trimodalen Anbindung (Straße, Schiene & Wasserwege) der Seehäfen und des Hafenhinterlandes verstärkt voranzutreiben,
10. die Umsetzung von Public-Private-Partnership-Modellen als Finanzierungsalternative zu prüfen.

Begründung

Die deutschen und niedersächsischen Häfen sind für unsere exportorientierte Wirtschaft nicht nur das Tor zur Welt für den Waren- und Güterverkehr, sondern ebenso der Garant für das Gelingen der Energiewende und den Aufbau einer starken und resilienten Energiewirtschaft, die letztendlich wesentlich zur Versorgungssicherheit Europas beitragen kann. Verstärkte Investitionen in unsere niedersächsischen Seehäfen sind daher sowohl aus wirtschaftlicher als auch strategischer Perspektive wichtiger denn je - und aufgrund ihrer mindestens nationalen Bedeutung eine Investitionsaufgabe für das Land und für den Bund. Als Knotenpunkte im internationalen Handel können gut ausgebaute, infrastrukturell angebundene und damit effiziente Häfen die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes enorm stärken, da sie dazu beitragen, die Kosten für den Transport der Waren zu senken und Lieferzeiten zu verkürzen. Mit Blick auf die Entwicklungen der Energiewirtschaft steigern sie zudem eine Standortnahe Ansiedlung neuer Produktionsstätten von Industrie und Gewerbe. Dies hat positive Anreizeffekte auf die lokale Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Investitionen in

unsere Häfen wirken sich daher sowohl auf die direkte Hafenwirtschaft als auch auf die nachgelagerten Bereiche und Branchen aus.

Nicht zuletzt sind hervorragend und zeitgemäß ausgebaute Häfen ein Einflussfaktor auf die Sicherheit in den Hafenanlagen - vor allem mit Blick auf die immer größer werdenden Frachtschiffe und die steigende Anzahl an Schiffsverkehren. Moderne Häfen tragen außerdem dazu bei, Umweltverschmutzung und Unfälle zu reduzieren.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin